

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreizehnpaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 15. Dienstag, den 21. Februar 1893.

Bekanntmachung.

Als Gutsvorsteher für den selbstständigen Gutsbezirk des Rittergutes Steinbach b. Mohorn ist am 13. dieses Monats der Besitzer dieses Rittergutes,
Herr Karl Heinrich Kluge,
verpflichtet worden und erlegt sich hierdurch die bisherige Ausübung dieser Funktion durch Herrn Rittergutspächter **Albert Möbius.**
Meissen, am 15. Februar 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Der diesjährige hiesige **Frühjahrsmarkt** wird
Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. März,
abgehalten.
Wilsdruff, am 18. Februar 1893.

Der Stadtrath.
Ficker, Bezmstr.

Holzversteigerung.

Im Gasthause „zur Tanne“ in Charandt sollen
Dienstag, den 28. Februar d. J., von Vormittag 10 Uhr an,
in den Schlägen der Abteilungen 9, 40 und 53 und im Einzelnen in den Abteilungen 1, 2, 3, 18, 19, 29 bis 37, 54 und 57 des **Charandter Reviers** aufbereitete 296 weiche
Stämme, 49 weiche Kiefer, 369 harte Kiefer, 68,64 Hdt. weiche Stangen und 941 1/2 Rm. harte und weiche Brennholz versteigert werden.
Näheres enthalten die in Schanfkästen und bei den Ortsbehörden der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakate.
Königl. Forstrevierverwaltung und Königl. Forstrentamt Charandt,
am 16. Februar 1893.

Tagesgeschichte.

Im Reichstage hat am 15. d. M. der Präsident eine Art Nothstunde erkläre lassen über die ganz ungewöhnliche und unerträgliche Verzögerung und Verschleppung der Verhandlungen. Während man früher dreizehn Sitzungen für drei Etatslesungen gebraucht habe, hätten jetzt schon 21 Sitzungen über diesen Gegenstand stattgefunden und man stehe noch im Anfang der zweiten Lesung. Wenn das so weitergehe, werde man bis 1. April den Reichshaushalt nicht fertigstellen können. Diese Worte verdienen die ernsteste Beachtung. Ebenso wie im Plenum geht es auch in der Militärkommission. Dies ist auch der wahre Grund der andauernden Beschlußunfähigkeit des Reichstages. Was zu viel ist, das ist zu viel! Eine bedauerliche Folge dieser parlamentarischen Ueberproduktion ist auch das naturgemäße Schwanden der Theilnahme des großen Publikums an den Verhandlungen. Die wenigsten Leute haben noch Zeit und Lust, sich auf ein eingehendes Studium dieses weitläufigen Stoffes einzulassen. Damit schwindet aber ein gutes Stück der nützlichen Wirksamkeit der Parlamente, der Anregung und Belehrung über öffentliche Fragen für weite Volkskreise.

In der Militärkommission sind am 16. d. M. alle Formulierungen für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit abgelehnt worden. Man kann daraus schließen, daß die erste Lesung in der Kommission überhaupt ergebnislos bleiben wird, hauptsächlich infolge des Zögerns der Centrumpartei, deren Standpunkt endgiltig zu formulieren. Der polnische Reichstagsabgeordnete von Rosciolski hat sich zu einem Mitarbeiter der „Deutschen Worte“ wie folgt geäußert: „Das Centrum hält mit seiner wirklichen Meinung noch zurück. Man weiß nicht, wie das Centrum im letzten Augenblick stimmen wird. Soweit diese Partei sich bis jetzt gegen die Vorlage erklärt hat, so sind nicht nur parteipolitische, sondern vielmehr noch wahlpolitische Gründe dafür maßgebend gewesen. Das Centrum fürchtet, in Süddeutschland Mandate zu verlieren, wenn es für die Regierungsvorlage stimmen sollte. Es ist möglich, daß in Süddeutschland die Siglische Volkspartei die Situation dann zu ihrem Nutzen ausbeutet. Wie weit die Ultramontanen aus Schlesien und Rheinpreußen denen aus Süddeutschland folgen werden, ist fraglich. Vielleicht findet eine Abspaltung des Centrums statt. In solchem Falle könnte man allerdings die Annahme der Vorlage für gesichert halten. — Meine (d. h. die polnische) Partei wird jedenfalls voll und ganz für die Regierungsvorlage eintreten. Abänderungen würden wir nur insoweit zustimmen, als die Regierung dieselben für brauchbar hält. Wir im Osten würden ja die ersten sein, die im Fall eines Krieges mit Russland alle Gräueltaten erfahren hätten. Wir werden daher immer für eine starke Wehrkraft eintreten, damit der etwaige Krieg sich nicht auf unserem Boden abspielt.“

Als eine empfindliche Schädigung unserer Kriegsfähigkeit wäre es nach dem „Mil.-Wochenbl.“ anzusehen wenn nach Einführung der zweijähr. Dienstzeit bei den Fußtruppen die Ersatzreservisten in der jetzigen Fassung beibehalten werden sollten, schon aus dem Grunde, weil bei Komplettilirung mit ungenügend ausgebildeten Mannschaften, wie es die Ersatzre-

servisten nun doch einmal sind, das Vorhandensein langgedienter Leute als Rahmen von besonderer Wichtigkeit sei. Dieser Rahmen werde im allgemeinen bei einer gleichen Anzahl dreijährig Gedienter selber sein, als bei nur zweijährig Gedienten, und deshalb werde er auch einen Einspar von Ersatzreservisten besser verdauen, wie letztere. Nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit bleibe deshalb nur der einzige, praktisch zum Ziele führende Ausweg übrig, die Ersatzreservisten zu vollwertigen Soldaten zu machen, damit seien von selbst alle Nachteile hinweg, welche im Kriegsfall unbedingt eine Schwächung militärischer Leistungen und verschiedene Uebungen der Ersatzreservisten später zu Uebungen eingezogen werden, so sei das während der Ausbildung Gelernte schon zu Dreiviertheilen vergessen, und deshalb seien die Klagen über die relativ unbedeutenden Leistungen der zu wiederholten Uebungen eingezogenen Ersatzreservisten auch allgemein, zumal hierbei mehr verlangt werden muß, als bei der ersten Uebung, da dann die Kompagnieschule und verschiedene Zweige des Felddienstes hinzutreten. In welcher ständiger Weise die Abkommandirung von Offizieren und Unteroffizieren für die Uebungen der Ersatzreserve auf den übrigen Dienstbetrieb der Truppe ausüben muß, liege aber auf der Hand. Es kommt hinzu, daß die Uebungen der Ersatzreserve gerade in der Periode der verhältnismäßigen Erholung stattfinden und so das Instruktionspersonal auch physisch sehr bedeutend angestrengt wird. Aber selbst dieser Uebelstand würde in keiner Weise imstande sein, innerhalb der Armee das Urtheil über den Werth der Ersatzreserve irgendwie zu beeinflussen, wenn — wie schon angedeutet — die aufgewandte Mühe und Zeit imstande wären, die Grundfehler dieser Institution, ihre ungenügende militärische Brauchbarkeit, zu beseitigen. Nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit müßten sich aber diese Ausbildungsschwierigkeiten noch steigern, weil dann so wie so schon die ganze Kraft und die ganze Zeit des Ausbildungspersonals noch mehr in Anspruch genommen werden müßte als jetzt. War bisher auch für Deutschland die Ersatzreserve unumkehrbar ein noch verwendbarer Kräftezuwachs für den Kriegsfall, so würde ihre Beibehaltung nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht allein als „Impedimentum“ bedenklicher Art für den Dienstbetrieb im Frieden anzusehen sein, sondern auch als eine empfindliche Schwächung unserer Leistungsfähigkeit im Kriege. Deshalb habe auch die Militärvorlage aus wöhrerwogenen Gründen den Grundsatz aufgestellt: die Ausbildung der Ersatzreservisten im heutigen Sinne kommt in Fortfall. Die Einrichtung als solche und die Uebungspflicht bleiben bestehen, da die Nothwendigkeit vorliegt, Verpöcht minderwertige Mannschaften in einigen Specialzweigen — z. B. Verwaltungsdienst und Kranken dienst — in beschränktem Umfange auszubilden. Eine Infanterie, aber eine gute — in dieser Forderung aber gipfelt der angezogene Aufsatz des „Mil.-Wochenblattes“. Dazu taugten die Ersatzreservisten in ihrer jetzigen Gestalt aber nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht, weil sie wohl die Quantität, nicht aber die Qualität der Infanterie vermehren, Deutschland aber beides gebrauche.

Eine große Versammlung zu Gunsten der Militärvorlage

hat am Mittwoch Abend in Berlin stattgefunden. In derselben wurde folgende Resolution angenommen: „Die im Saale der Viktoria-Bräuerei in großer Zahl versammelten verschiedenen Parteien angehörenden Bürger Berlins hatten die Durchführung der im Reichstage eingebrachten Militärvorlage für eine politische Nothwendigkeit und ersuchen den Reichstag aufs dringendste, eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen herbeizuführen. Das deutsche Volk ist opferwillig und leistungsfähig genug, die erhöhten Lasten zu tragen.“ Aus den gehaltenen Reden ist folgendes hervorzuheben. Der erste Redner, Prof. Delbrück, erklärte, daß Sparsamkeit am un-rechten Platze immer recht schädlich sei; Deutschland sei volkswirtschaftlich stark genug, um die durch die Militärvorlage bedingten erhöhten Lasten zu tragen. Dieselben seien auch gar nicht so hoch, wie von bestimmter Seite geflüstert in die Welt hinausgerufen wird: nur 1/2 Mark pro Kopf der Bevölkerung seien aufzubringen. Nunmehr nahm Generalleutnant von Boguslawski das Wort. Er wies an der Hand eines reichen Zahlenmaterials nach, welche gewaltigen Fortschritte Frankreich seit 1871 in der Vermehrung seines Kriegsmaterials gemacht habe; es habe Deutschland überliefert, obgleich seine Bevölkerungszahl viel geringer sei. Mit Russlands Armee könne die deutsche in numerischer Beziehung erst recht nicht konkurrieren. Die Regierung habe mit der Einbringung der Militärvorlage nur eine Pflicht erfüllt. Darauf erhielt Geh. Rath Prof. A. Wagner das Wort. Er erklärte zunächst, daß wenn die und da gefragt werde, warum Deutschland allein von den Dreibündemächten die erhöhten Lasten tragen solle, doch bedacht werden müsse, daß Oesterreich-Ungarn sowohl als auch Italien viel ärmer als unser Vaterland seien. Freilich verkehrt wäre es, wenn man bei und immer mehr auf den weiteren Ausbau der indirekten Steuern bedacht sei, ohne härtere Heranziehung der direkten Steuern gehe es nicht weiter: eine solche Resolution, wie das preussische Herrenhaus vor zwei Jahren gefaßt habe, daß nämlich Einnahmen von über 100 000 M. nicht stärker als 4 Prozent zur Steuer herangezogen werden sollen, halte er für unklug und für nicht patriotisch. Die Opferwilligkeit, die Opferfreudigkeit fehle in Deutschland stellenweise bei den besitzenden Klassen noch sehr. Wir könnten uns nicht verhehlen, daß der Kampf, welchen Deutschland 1870/71 im Westen geführt habe, verschwindend klein gewesen sei gegen den, welchen es naturnothwendig im Osten zu führen habe. Für eine Nation, wie die deutsche, schicke es sich auch nicht, ängstlich darnach zu sehen, ob der Zar einen Heißhungerbesuch erwidere oder nicht. Er hoffe zwar, daß Habsburg und Hohenzollern endlich zusammengehalten werden, weil sie gemeinsame Interessen gegen den östlichen Nachbar hätten; aber besser wäre es doch, wir wären allein stark genug.

In Berlin ist am Sonntag Nachmittag eine Finanzgröße, Geheimrath Bleichröder, gestorben.

Fünf Hofdamen der Kaiserin von China treffen demnächst auf dem deutschen Dampfer „Bayern“ mit großem Gefolge in Genua ein, wo für sie schon im Grand Hotel des Strangers Zimmer bestellt sind. Sie begeben sich dann nach Berlin, wo sie einen längeren Aufenthalt nehmen werden, um